



Communiqué

23. Mai 2023

Kirchenparlament bemängelt Informationspolitik des Synodalrats

Synodale befürchten Kürzung bei Pfarrstellen in kleinen Kirchgemeinden

Die Synode der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn hat am Dienstag einen Bericht zur neuen Pfarrstellenzuordnung (PZV) behandelt. Die PZV regelt, über wie viele Pfarrstellenprozent eine Kirchgemeinde ab 2028 verfügen wird. Einen Entscheid hatte das Kirchenparlament nicht zu fällen, da die PZV noch gar nicht verabschiedet ist. Der Synodalrat, die Kirchenleitung, hat die Meinungen von Pfarrerinnen und Pfarrern sowie Kirchgemeinden in einer Vernehmlassung erfragt. Bis Ende Februar konnten sich die interessierten Kreise zur PZV äussern, so vor allem der Pfarrverein (PV) und der Kirchgemeindevorstand (KGV).

Derzeit wird die Vernehmlassung ausgewertet. Die definitive Verordnung wird der Synodalrat erst in einiger Zeit beschliessen. Besonders aus ländlichen Gebieten und kleinen Kirchgemeinden trafen besorgte Äusserungen ein. Befürchtet werden Stellenkürzungen.

Vor Jahresfrist hatte die Synode acht Faktoren festgelegt, die in der neuen PZV angewendet werden sollen. Eine davon besagt, dass nicht nur die Mitgliederzahl einer Kirchgemeinde berücksichtigt werden soll, sondern die gesamte Einwohnerzahl. Die Begründung dafür lautet, dass das Wirken der Kirche weit über den Kreis der Mitglieder hinausreiche. Das Anliegen der Reform besteht in erster Linie darin, das Evangelium mit den vorhandenen Mitteln möglichst wirksam in der Gesellschaft zu verkünden.

Zahlreiche Synodale nutzten die Gelegenheit, kritische Fragen zu stellen. In Randgebieten steuere man auf einen «Kippunkt» zu, mahnten einige. Andere sagten, sie stünden hinter Reformbestrebungen. Die Kirche müsse agil bleiben. Man dürfe nicht allein an die eigene Kirchgemeinde denken, sondern müsse die gesamte Kirche im Auge behalten. Das Kirchenparlament begrüsst es, dass die Umsetzung nicht schon 2026, sondern per 2028 erfolgt.

Die Kirchenleitung räumte ein, dass die Informationspolitik verbesserungswürdig sei und dass breitere Kreise in die Vernehmlassung hätten eingebunden werden sollen. Der Synodalrat werde daraus seine Lehren ziehen und die geäusserten Bedenken in seine weiteren Erwägungen einfließen lassen. Auch versprach der Synodalrat mehr Transparenz.

Die Sommersynode, die nach der Corona-Periode erstmals seit 2019 wieder im Berner Rathaus tagt, genehmigte den Bericht zur PZV mit 142 Ja-Stimmen. 12 Synodale lehnten ihn ab, 16 enthielten sich der Stimme.

Das Kirchenparlament wird die Beratungen der Sommersynode am Dienstagabend abschliessen. Es wird den zweiten Beratungstag vom Mittwoch nicht in Anspruch nehmen.

Rückfragen an: Markus Dütschler; Co-Leiter Kommunikationsdienst Tel. 031 340 24 10